

Stellungnahme

IMPULSE ZUR EKD-SYNODE 2016: Für eine europäische „Solidarität der Tat“

Am 9. Mai 1950 gab der französische Außenminister Robert Schuman eine Erklärung ab, die den Grundstein für die heutige Europäische Union legte: *„Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“*

Die Vision eines geeinten Europas, das gemeinsam für Frieden, Freiheit und Wohlstand einsteht, ist in den vergangenen Jahrzehnten in einem Maße verwirklicht worden, wie es sich die Menschen zur Zeit der Erklärung Robert Schumans nicht hätten träumen lassen. Ein Krieg ist zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union undenkbar geworden. Die Union sichert - manchmal auch gegen nationale oder wirtschaftliche Einzelinteressen - Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Innerhalb der EU wurden die Grenzen für Bürgerinnen und Bürger, Güter und Dienstleistungen in hohem Maße abgebaut. In Deutschland hat die europäische Integration zu großem Wohlstand beigetragen. Wir sehen mit Sorge, dass diese Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses in Teilen der Politik und Gesellschaft leichtfertig infrage gestellt werden. Wir glauben, dass sich die europäische „Solidarität der Tat“, gerade in schwierigen Zeiten bewähren muss und möchten als evangelische Kirchen in Europa dazu unseren Beitrag leisten.

Gerechtigkeit

„Gerechtigkeit erhöht ein Volk.“ war die Überschrift der EKD-Kundgebung 2006 zum Thema Armut und Reichtum. Daran anknüpfend formulierte Heinrich Bedford-Strohm 2010 in Wittenberg: „Wo die Gerechtigkeit in einem Gemeinwesen systematisch und dauerhaft verletzt wird, da wird dieses Gemeinwesen krank, da gedeiht Unduldsamkeit, Hass und Gewalt. ...“.

a) Teilhabe

Die EU tritt mit ihrer Kohäsionspolitik der Ungleichheit zwischen reichen und ärmeren Ländern entgegen. Eine gezielte, regionale Förderpolitik soll die Folgen der ungleichen wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen und Entwicklungen ausgleichen. Trotz vielfältiger Erfolge zeichnet sich insbesondere seit der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise eine zunehmende wirtschaftliche und soziale Spaltung ab. Deshalb müssen wirksamere Maßnahmen entwickelt werden.

Zentrales Ziel muss es sein, die Teilhabe aller BürgerInnen zu ermöglichen, damit jede/r nach eigenen Möglichkeiten das Gemeinwesen mitgestalten und daran partizipieren kann. Dabei spielt Arbeit im umfassenden Sinn eine Rolle, darf aber nicht auf die Leistungsstarken reduziert werden.

Die EKD möge

- sich weiterhin für einen gerechten Zugang zu Bildung und Ausbildung aller Menschen einsetzen,
- die Weiterentwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung unterstützen,
- die nachhaltige Umsetzung der Handlungsansätze des europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung (2010) einfordern,
- die Gliedkirchen ermutigen, sich Zugewanderten verstärkt als Arbeitgeberin zu öffnen und berufs-orientierende Angebote (z.B. MentorIn, Praktika, Sprachunterricht etc.) zu initiieren.

b) Steuergerechtigkeit

Zu einer europäischen „Solidarität der Tat“ gehört, dass sich alle gesellschaftlichen Gruppen entsprechend ihres Leistungsvermögens in die gemeinsamen Aufgaben einbringen. Die mangelnde Koordination der staatlichen Steuersysteme und der Wettbewerb um möglichst niedrige Unternehmens- und Einkommenssteuern haben in der Europäischen Union dazu geführt, dass sich Teile der Wirtschaft und der Gesellschaft ihren Steuerpflichten entziehen können. Steuerflucht und viele Fälle von Steuervermeidung, die in den vergangenen Jahren sichtbar wurden, widersprechen den Grundsätzen einer gerechten Gesellschaft.

Die EKD möge

- sich öffentlich und in Gesprächen mit der Bundesregierung für mehr Steuertransparenz und -gerechtigkeit in Deutschland und der EU einsetzen,
- europäische Initiativen für mehr Steuertransparenz und -gerechtigkeit aktiv unterstützen.

Arbeit

Migration und Arbeitnehmerfreizügigkeit haben die Belegschaften in Unternehmen in den europäischen Ländern vielfältig werden lassen. In der täglichen Begegnung am Arbeitsplatz treffen auch die unterschiedlichen religiösen Ausrichtungen aufeinander. Religion ist in diesem Kontext keineswegs auf das Private reduziert: Erinnerung und Pflege des eigenen kulturellen und religiösen Hintergrunds auch in Arbeitszusammenhängen führen in Abgrenzung und Auseinandersetzung mit den je anderen zur Reflexion der eigenen Werthaltung und in den meisten Fällen zu einem respektvollen und profilierten Pluralismus. Religion prägt auf diese Weise die Arbeit – und Arbeit die Religion.

a) EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist eine zentrale Säule des EU-Binnenmarktes. Darüber hinaus trägt sie in besonderer Weise zur Versöhnung der Völker und Menschen in Europa bei. Allerdings kann sie ihrer Funktion als Integrationsmotor für das europäische Projekt in Zukunft nur gerecht werden, wenn sie für alle mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein hohes soziales Schutzniveau garantiert. Die EU hat dazu viele gesetzliche Maßnahmen auf den Weg gebracht. Leider werden sie auf nationaler Ebene oft nicht ausreichend umgesetzt oder kommuniziert.

Die EKD möge

- dauerhaft und an prominenter Stelle die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit als wichtige Errungenschaft der europäischen Integration verteidigen, ihre Chancen und Risiken kommunizieren, und vor einer Renationalisierung der Arbeitsmärkte in der EU warnen,
- auf die zügige Umsetzung aller EU-Rechtsakte zum Schutze der mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf nationaler Ebene drängen,
- Ressourcen zur Verfügung stellen, um mobile Arbeitnehmer/innen mit ihren europäischen und nationalen Rechten vertraut zu machen, damit diese ihre Wirkung tatsächlich entfalten können,
- ihr evangelisches Verständnis von Freiheit und Verantwortung einbringen, um Mitarbeitende und Unternehmensleitungen zu respektvollem Umgang miteinander zu ermutigen. Dabei möge sie insbesondere für Religionsfreiheit und die Akzeptanz der Religion der je anderen eintreten.

b) Gute Arbeit

Arbeitswelt und Wirtschaft sind nicht zuletzt durch Internationalisierung und Digitalisierung einem rasanten Veränderungsprozess ausgesetzt. Gesetzliche und tarifliche Rahmensetzung hinken dem häufig hinterher. Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis (Vollzeit, sozialversicherungs- und arbeitsrechtlicher Schutz) trifft auf immer weniger Beschäftigte zu. Für viele Beschäftigte sind Autonomie und Gestaltungsmöglichkeit in ihrer beruflichen Tätigkeit größer geworden. Gleichzeitig haben psychische Belastungen und Erkrankungen durch Arbeitsverdichtung und Flexibilisierung stark zugenommen. Ebenso droht der Anteil prekärer Beschäftigung weiter zu steigen. Gute Arbeit braucht faire Arbeitsbedingungen.

Die EKD möge

- darauf drängen, dass endlich die Überarbeitung der europäischen Arbeitszeitrichtlinie abgeschlossen wird, um der Entgrenzung von Arbeit wirksame Schranken zu setzen,
- sich für den rechtlichen und sozialen Schutz neuer Formen der Selbständigkeit wie z.B. crowd working einsetzen,
- verbindliche Regelungen für Mindestarbeitsbedingungen in Fragen der Entlohnung (Mindestlohn/ living wage) aber auch des Arbeits- und Gesundheitsschutzes einfordern,
- die europäische Sonntagsallianz weiter unterstützen, um die Bedeutung des Sonntags für ein ausgewogenes Verhältnis von Tätigkeit und Ruhe, schöpferischem Handeln und Zeit der Besinnung zu etablieren.

Mitglieder des KDA Bundesausschuss Europa

Dr. Jürgen Born (Westfalen)
Inge Danielzick (Bremen)
Dr. Julia Dinkel (Hessen-Nassau)
Dr. Dieter Heidtmann (Baden)
Heike Hilgendiek (Westfalen)
Waltraud Kämper (Hannover)
Inge Kirchmaier (Nordkirche)
Albrecht Knoch (Württemberg)
Dr. Roland Pelikan (Bayern)
Klaus-Peter Spohn-Logé (Baden)

Hannover, 15. April 2016

KDA Bundesausschuss Europa

Dr. Jürgen Born (Sprecher)
juergen.born@kircheundgesellschaft.de

Ev. Verband Kirche Wirtschaft Arbeitswelt (KWA)

Michael Klatt (Vorsitzender), m.klatt@kwa-ekd.de
Dr. Axel Braßler (Geschäftsführer), a.brassler@kwa-ekd.de
www.kwa-ekd.de

Nur ein soziales Europa ist ein zukunftsfähiges Europa.

gefördert durch

